

Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Bildung für alle!

Dafür stehen wir:

Geld ist genug da

- Wiedereinführung der Vermögenssteuer (1% des Vermögens)
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes
- Reform der Unternehmensbesteuerung
- Besteuerung von Veräußerungsgewinnen (beim Verkauf von Aktienpaketen etc.)

Arbeitsplätze für alle schaffen

- 35 h-Woche bei vollem Lohnausgleich als erster Schritt zu weiterer Arbeitszeitverkürzung
- Senkung der Lebensarbeitszeit - Rente ab 60 statt arbeitslos bis 70
- Öffentliches Investitionsprogramm zur Verbesserung der Infrastruktur in den Kommunen
- Schaffung von Arbeitsplätzen zu tariflichen Bedingungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Kultur
- Einführung einer Ausbildungsplatzumlage, qualifizierte und zukunftsorientierte Ausbildung
- Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst
- Schaffung von 1 Million zusätzlicher Arbeitsplätze zu tariflichen Bedingungen im öffentlichen Dienst

Öffentliches Eigentum erhalten

- Den Erhalt des kommunalen und sonstigen öffentlichen Eigentums

Bildung für unsere Zukunft

- Kostenlose Bildung, Erziehung und Betreuung für Kinder aller Altersgruppen
- Mehr Geld für alle Schulen, Verbesserung der LehrerInnen-SchülerInnen-Relation an allen Schulformen
- Wegfall der Notenvergabe in den ersten Schuljahren und damit Minderung des Leistungsdrucks
- Schaffung von Ganztagschulen
- Gemeinschaftsschulen statt gegliedertem Schulsystem

Gesundheit darf keine Ware werden

- Rücknahme der Praxisgebühr und anderer Zuzahlungs- und Selbstbehaltsregelungen
- Verteidigung des paritätisch finanzierten Umlagesystems und Ausbau zu einer Bürgerversicherung, in die alle Bevölkerungsgruppen und alle Einkommensarten einbezogen werden
- Abschaffung der Versicherungspflichtgrenze, deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen und letztlich ihre Abschaffung
- Ausbau von Polikliniken und integrierter Versorgung
- Neuordnung der Vergütungssysteme im Medizinbereich und Einführung einer Positivliste für Medikamente
- Stärkung der PatientInnen- und Beschäftigtenrechte im Gesundheitswesen

Keine Nazis in den Landtag – Demokratie ausbauen

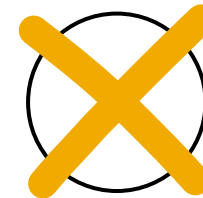
- Gleiche Rechte für alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Identität oder gar von ihrer „wirtschaftlichen Nützlichkeit“
- Für ein Anti-Diskriminierungsgesetz in NRW
- Gegen den Abbau der demokratischen Grundrechte und gegen die verschärfte staatliche Überwachung
- Für eine Verbesserung des Informationsfreiheitsgesetzes in NRW
- Sprachkurse und Integrationsförderprogramme
- Einsatz von MigrantInnen in Behörden und bei der Polizei
- Konsequente Bekämpfung aller rechtsradikalen Kräfte

Mehr Infos unter: www.wahlalternative-bocholt.de



22. Mai 2005

Landtagswahl NRW



Wolfgang Rath wählen

Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative

Arbeit & soziale Gerechtigkeit

- Die Wahlalternative - WASG

Wer ist das überhaupt? Was verbirgt sich dahinter?

In dieser neu gegründeten Partei sammeln sich all diejenigen, denen unser Land und seine Menschen am Herzen liegen, die soziales Engagement und Eintreten für Gerechtigkeit in allen Belangen noch ernst nehmen. Sie finden in unseren Reihen Bürgerinnen und Bürger aus allen Bereichen; vom Hartz IV-betroffenen Langzeitarbeitslosen über kirchlich und sozial engagierte Menschen, Ärzte, solche aus sozialen Berufen, die tag-täglich mit den Problemen der sozial benachteiligten Gruppen konfrontiert werden, bis zum selbständigen Unternehmer. Auf Platz eins unserer Landesliste steht bezeichnenderweise ein Sozialpfarrer!

Was ist meine Motivation für diese Partei einzutreten und mich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen?

Ich kann und will mich nicht damit abfinden,

- dass in einem der reichsten Staaten der Welt die Armut dramatisch zunimmt und damit auch die Kinderarmut,
- dass es in unserem Land keine funktionierende Opposition mehr gibt, (was unterscheidet eigentlich einen Staat ohne Opposition von einem totalitären Staat?)
- dass viele Rentner entscheiden müssen, ob sie sich von dem was ihnen dieser "Sozialstaat" noch lässt, Brot oder lebenswichtige Medikamente kaufen.
- dass eine alleinerziehende Mutter einen Friseurbesuch als höchsten Luxus ansehen muss.

Was sind unsere Ziele?

Was können wir ändern in unserem Land?

Ohne Ihre Unterstützung, ohne Ihre Stimme bei der Landtagswahl am 22. Mai gar nichts! Wir sind Realisten. Wenn wir nach der Wahl in den Landtag einziehen, wovon ich fest überzeugt bin, werden wir Deutschland nicht grundlegend ändern können. Aber wir können unsere Alternativen aufzeigen und die dann regierenden Parteien permanent daran erinnern, was sie selbst vor der Wahl versprochen haben, zum Beispiel:

Keine Erhebung von Studiengebühren, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, eine gerechte Steuerreform, die Renten sichern, usw.

Was von den Versprechen der etablierten Parteien vor der Wahl zu halten ist, ist hinlänglich bekannt!

(Schröder: "Wir halbieren die Arbeitslosenzahlen. An der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen können Sie mich messen")

Ihr Kandidat zur Landtagswahl am 22. Mai 2005 für die Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ WASG

Wolfgang Rath

Ihr Kandidat für den Wahlkreis 80 Coesfeld II.

Jahrgang 1944, verheiratet, eine erwachsene Tochter, zwei Enkelkinder. Beruf: Schriftsetzer-Industrie- und Handwerksmeister, für eine Großdruckerei im Außendienst tätig.

Telefon: (0171) 24 13 796
e-mail: wo.rath@t-online.de
www.wahlalternative-bocholt.de



Wir werden unsere Finger in manche Wunde legen.

Wir werden Missstände, beispielsweise die Nebeneinkünfte und Abhängigkeiten unserer Politiker anprangern (manche im DAX notierten Unternehmen haben bis zu 200 Politiker, vom Kommunalpolitiker bis zum Bundestagsabgeordneten auf ihren Gehaltslisten)

Und möglicherweise können wir sogar über unsere Stimmen im Bundesrat Einfluss nehmen. Schön und besser wäre es, wenn wir mitregieren könnten, um direkten Einfluss nehmen zu können.

Dafür brauchen wir Ihre Hilfe !

Sollte ich Sie jetzt nachdenklich gemacht haben, so ist das beabsichtigt!

Auch Sie sind heute, spätestens morgen, von den Auswirkungen und so genannten Reformen der Agenda 2010 betroffen.

Wehren Sie sich mit Ihrem Stimmzettel!

Nach dem 22. Mai ist es zu spät!

Sie müssen jetzt entscheiden, ob Sie die Lüge von einem armen Staat akzeptieren, oder ob Sie dieser unsozialen Regierung die rote Karte zeigen. Das Volksvermögen hat unter der Regierung Rot/Grün um 17% zugenommen, wovon allerdings nur die 10% der Superreichen profitiert haben.

Ich bitte Sie herzlich mir und der von mir vertretenen Partei am 22. Mai Ihre Stimme zu geben, im Sinne eines sozial gerechten und nicht arbeitnehmerfeindlichen Staates

Herzlichst - Ihr Wolfgang Rath

Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative

WASG